



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Doris Raucher, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Kathi Petersen SPD**

**Ergebnisse der Anhörung „Jungsein in Bayern“ ernst nehmen IV:  
Politische Teilhabemöglichkeiten für Jugendliche erweitern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich für eine Absenkung des Wahlalters in Bayern auf Landesebene, Bezirksebene und der Ebene der Gemeinden und Landkreise auf 16 Jahre (bzw. für entsprechende Änderungen des Landeswahlgesetzes – LWG, des Bezirkswahlgesetzes – BezWG und des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes – GLKrWG) einzusetzen,
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Wahlalter auch für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre abgesenkt wird,
3. sich für eine Stärkung der politischen Mitwirkung auch von unter 16-Jährigen auf der Ebene der Gemeinden einzusetzen und daher einen Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, der Bürgerversammlungen zu echten Einwohnerversammlungen macht, indem das Mitwirkungsrecht auf alle Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von ihrem Alter und ihrer Staatsangehörigkeit ausgeweitet wird.

## Begründung:

Am 14. Juli 2016 fand die Anhörung zur Umsetzung der Empfehlungen der ehemaligen Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ statt. Hier wurde deutlich, was auch schon in den diesjährigen Studien zur Jugend belegt wurde: Jugendliche interessieren sich für Politik und wollen sich auch einbringen. Sämtliche Politiker und geladenen Experten aus den verschiedenen Fachbereichen waren sich einig, dass die Jugend eingebunden und ernst genommen werden muss.

Die Signale, die die Politik an die Jugend sendet, müssen sich daher grundlegend ändern. Der viel zitierte Satz, dass die Jugend „unsere Zukunft“ ist, muss von der Politik mit Leben gefüllt werden. Die Politik muss Jugendlichen dementsprechend die Möglichkeit geben, diese Zukunft mitzugestalten.

Die Politik ist also gefordert, echte Möglichkeiten der Beteiligung zu schaffen. Damit würde sie auch den Empfehlungen der Studien folgen. Die Shell-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das Interesse an gesellschaftlicher und politischer Teilhabe mit den Möglichkeiten zur Beteiligung wächst. Die Bertelsmann-Studie „Wählen mit 16“ verdeutlicht auch, wie wichtig es ist, die zukünftigen Wähler möglichst früh zu mobilisieren. Die Erstwahlbeteiligung ist ein strategischer Hebel, mit dem sich langfristig auch die Gesamtwahlbeteiligung steigern lässt. Eine Umsetzung der bekannten Ergebnisse muss zur Folge haben, die Einflussmöglichkeiten Jugendlicher in der Politikgestaltung zu steigern.